

Meinung

Macht endlich Schluss mit dem ewigen Schulk(r)ampf

Egal wie tief die ideologischen Gräben in der Bildungspolitik sind, es gibt sicher eine Lösung für alle Bundesländer.

Schulpolitik ist Ländersache. Was dabei herauskommt, unterscheidet sich häufig.

von Joachim Jacobi

24. Juli 2010

Selbst die geballte Macht Ole von Beust hat in Hamburg nicht ausgereicht, um die von CDU, SPD, Grünen, Linker, Gewerkschaften und zahlreichen anderen Gruppen unterstützte Schulreform durchzusetzen. Doch der Kampf für ein „längeres gemeinsames Lernen“ geht weiter, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen.

Und es sieht ganz so aus, als sei das unverrückbar die Konfrontationslinie im Schulstreit: hier die Befürworter des Gymnasiums, dort die des längeren gemeinsamen Lernens. Bliebe es dabei, wäre der Konflikt tatsächlich nicht lösbar. Doch dem ist nicht so. Denn ein Kompromiss, den beide Lager akzeptieren könnten, ist durchaus denkbar. Wie könnte er aussehen?

Bildungspolitik ist Ländersache, und das ist gut so

Bildungspolitik ist Ländersache. Das ist im Prinzip auch gut so. Da sie aber eines der wenigen Felder ist, auf denen Landespolitik gestalten kann, hat eine überzogene Gestaltungswut die Bildungspolitik zum Spielball der Parteien gemacht. Während zum Beispiel in NRW die Regierung Rüttgers das dreigliedrige Schulwesen stärkte, schwenkt Rot-Grün nun wieder um und will längeres gemeinsames Lernen, im Klartext Gesamtschulmodelle, stärken. Solche Wechsel im Vierjahresrhythmus zermürben die besten Schulen und sind bildungspolitisch eine Katastrophe.

Aber auch die so entstandene Vielfalt ist weder zu erklären noch zu rechtfertigen. In Sachsen gib es die Mittelschule, in Thüringen die Regelschule, im Saarland die erweiterte Realschule, in Hamburg die Stadtteilschule, in Baden-Württemberg die Werkrealschule. Die Liste ließe sich fortsetzen. In allen Fällen ist die beziehungsweise eine Schulform gemeint, in die Kinder nach Abschluss der Grundschule gehen können. Wie erklärt man das Eltern?

Thesen für den großen Schulkompromiss

Ich plädiere für einen großen Schulkompromiss zwischen CDU, SPD, FDP und Grünen. Wenn man das, was Eltern wollen, und das, was uns die Bildungsforscher sagen, zusammenbringt, ist ein solcher Kompromiss auch möglich. Beide Seiten müssten nur über ihren Schatten springen. Dazu zunächst einige Thesen, die auf jede Ideologie verzichten und wesentliche Voraussetzungen für einen solchen Kompromiss aufzuzeigen versuchen.

Erstens: Äußere Differenzierung wie zum Beispiel die Dreigliedrigkeit des Schulsystems dient der teilweisen Homogenisierung der Gruppen. Sie ist keineswegs nur ideologisch begründet und schon gar nicht in erster Linie ein Auswahlinstrument. Homogenere Gruppen erleichtern das Lernen. Jeder Lehrer wird bestätigen, dass es schwierig ist, den besten und den schwächsten Schülern einer Lerngruppe immer gleichermaßen gerecht zu werden. Ist diese Spanne nicht ganz so groß, wird die Aufgabe etwas leichter. In wie viele Gruppen man einteilt, ist dabei aber keine grundsätzliche, sondern eher eine praktische Frage. In Finnland, wo die Jahrgangsgroße in einer Schule oft 20 nicht überschreitet, stellt sich die Frage anders als in großen Systemen mit dreistelliger Schülerzahl pro Jahrgang.

Das Gymnasium ist beliebt, die Hauptschule verloren

Zweitens: Das Gymnasium ist nicht kaputt zu kriegen. Eltern, und zwar quer durch alle Schichten, werden das immer und überall verhindern, wie auch in Hamburg geschehen. Es gäbe auch keinen Grund dafür. Das Gymnasium ist nicht nur die bei Weitem beliebteste Schulform, es ist auch die erfolgreichste. Alle nationalen und internationalen Studien der vergangenen Jahre zeigen seinen überwältigenden Erfolg. Und deswegen wird jede Schulreform, die das Gymnasium zerschlagen will, zu Recht scheitern. Die alte Hauptschule ist dagegen kaum zu retten. Sie wird von Eltern nicht mehr gewollt, und das macht es, verbunden mit der demografischen Entwicklung, immer schwieriger und in vielen Teilen des Landes gar unmöglich, reine Hauptschulkassen zu erhalten.

Drittens: Viel wichtiger als die Schulformen, um die der Streit seit mehr als 40 Jahren tobt, ist das, was in den Klassenzimmern geschieht. Gut ausgebildete und motivierte Lehrer sind entscheidend, sagen alle internationalen Studien. Was die Schulstrukturen betrifft, gibt es dazu ein wichtiges Aber: Das Durchschnittsniveau einer Klasse darf nicht zu niedrig werden. Wie Professor Jürgen Baumert immer wieder betonte, würde das Anregungsniveau innerhalb einer Klasse zu niedrig und solche schwachen Gruppen vom Lernerfolg abgeschnitten werden. Genau das droht reinen Hauptschulklassen, wenn die Übergangsquoten immer geringer werden.

Fazit: Zwei Schulformen, Gymnasium und eine weitere

Der große Kompromiss liegt für mich auf der Hand: Es gibt zukünftig das Gymnasium, das mit der Klasse fünf beginnt, und nur eine einzige weitere Schulform für alle, die das Gymnasium nicht besuchen oder nicht besuchen wollen. Diese eine weitere Schulform ermöglicht an ihrem Ende einen herkömmlichen Hauptschul- und Realschulabschluss, aber auch den Übergang in eine allgemeinbildende oder berufliche Oberstufe, ist also keine Sackgasse.

Zumindest darauf sollten sich alle Parteien verständigen können. Die Vorteile eines solchen nationalen Kompromisses sind offensichtlich. Die kräftezehrende, immerwährende Strukturdebatte könnte überwunden werden. Das Gymnasium wäre auf Dauer erhalten und längeres gemeinsames Lernen für alle, die es wollen, wäre ermöglicht.

Den Ländern und Schulen bleibt genügend Freiraum

Innerhalb eines solchen Kompromisses wären immer noch viele offene Fragen zu klären, die im föderalen Wettbewerb von den Ländern oder auch von den Schulen selbst entschieden werden könnten. Dazu gehört zum Beispiel, mit welchen äußeren und/oder inneren Differenzierungen die Schulen arbeiten sollen. Diese Fragen können für den Erfolg der Schulen von viel größerer Bedeutung sein als die unendliche Strukturdebatte.

Im Kern wird diesem Vorschlag entsprechend in Sachsen schon heute sehr erfolgreich gearbeitet. Auch das, was in Hamburg als Reform bleibt (Stichwort Stadtteilschule), entspricht im Wesentlichen diesem Vorschlag. Warum nicht auf nationaler Ebene die fruchtlose Strukturdebatte endlich beenden? **Besonders schön wäre es, wenn sich die Kultusministerkonferenz dann auch noch auf einen für alle Bundesländer verbindlichen Namen für die Schulform neben dem Gymnasium einigen könnte.** Der Zeitpunkt nach den Hamburger Ereignissen scheint günstig.

Der Verfasser war von 2003 bis 2009 Staatssekretär im hessischen Kultusministerium und davor 25 Jahre als Lehrer tätig, davon zehn Jahre als Leiter eines großen Gymnasiums in Nordhessen.